

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 485.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 196.

Verlag: Halle a. S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus.
Telephon Nr. 188.
Eingang Nr. 188.
Verantwortlicher: Dr. Walter Gebenstedt.

Erste Ausgabe

Abgabe: 10 Pfennig für die Probeabgabe, 20 Pfennig für den Abdruck. — Druck: 10 Pfennig für die Probeabgabe, 20 Pfennig für den Abdruck. — Druck: 10 Pfennig für die Probeabgabe, 20 Pfennig für den Abdruck.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus.
Telephon Nr. 188.
Eingang Nr. 188.
Verantwortlicher: Dr. Walter Gebenstedt.

Freitag, 16. Oktober 1908.

Geschäftsstelle in Berlin Bernburgerstr. 3.
Telephon-Nr. IV Nr. 11 494.
Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

Soziale Versöhnung durch soziale Reform?

Hiemlich groß und nicht ohne Einfluß ist noch immer die Zahl derer, die sich dem Glauben hingeben, die Sozialdemokratie könne durch die in immer verstärkter Maße angewandten Mittel der Sozialreform überwinden werden. Zeit eben hat dieser Anschauung nicht nur wieder einmal der frühere Handelsminister v. Verelshoff in der „Sozialen Praxis“ Ausdruck gegeben, sondern auch die „Kölnische Volkszeitung“ hat sich in einer Polemik gegen die „Kreuzzeitung“ auf den gleichen Standpunkt gestellt. Das Blatt gibt zwar zu, daß durch die bisherigen Maßnahmen der Sozialreform eine Versöhnung der Sozialdemokratie noch nicht erzielt sei. Es findet aber die Ursache des bisherigen Mißerfolges allein darin, daß das Gebilde der Sozialreform noch nicht fertig gebaut sei. Die „Kölnische Volkszeitung“ sucht ihre Ansicht durch ein Gleichnis zu illustrieren, indem sie schreibt: „Wenn ich mir ein Haus baue, um gegen Wind und Wetter geschützt zu sein, so werde ich den Bau solange nicht als verfehlt bezeichnen, als er noch nicht vollendet ist. Erst nach seiner Fertigstellung kann ich beurteilen, ob das Haus seinen Aufgaben entspricht.“

Das Gleichnis der „Kölnischen Volkszeitung“ spricht für das Gegenteil von dem, was es beweisen soll. Wenn ich mir ein Haus baue, so werde ich Wind und Wetter mit immer weniger Unmut ertragen, weil ich ja weiß, daß meine Not mit den Fortschritten des Baues ihrem Ende entgegen geht. Die Sozialdemokratie aber ist dadurch, daß man mit dem Bau der Sozialreform begonnen und diesen Bau doch auch schon ein schönes Stück weitergeführt hat, nicht sanfter und verführlicher geworden — im Gegenteil. Die „Kölnische Volkszeitung“ selber muß sogar zugestehen, „daß sich die sozialen Gegensätze eher noch verschärft haben.“ Gerade das Gleichnis der „Kölnischen Volkszeitung“ beweist also, daß die Fortführung der sozialen Reform nicht der Weg sein kann, der für sich allein zur sozialen Versöhnung führt.

Und das ist ganz selbstverständlich. Wenn man nämlich die sozialdemokratische Krankheit durch das Heilmittel der Sozialreform kurieren könnte, so müßten doch Krankheit und Heilmittel in einem Verhältnis der Zusammengehörigkeit zueinander stehen. Das wäre a. B. der Fall, wenn die Sozialdemokratie allein auf dem sozialen Elend basierte. Was aber der Sozialdemokratie, gegenüber irgendwelcher anderen sozialen Bewegung, ihr spezifisches Unterscheidungsmerkmal verleiht, ist nicht das Bewußtsein des sozialen Elends, sondern der Wahn, daß allem sozialen Elend in der Welt einzig und allein durch die soziale Gleichheit und die politische Herrschaft der proletarischen Demokratie ein Ende gemacht werden kann. Und es ist für die Sozialdemokratie weiterhin das charakteristische Moment, daß in dem sozialdemokratischen Bewußtsein jener Gedanke der sozialen Gleichheit und der proletarischen Herrschaft die erste Rolle spielt, wogegen das Empfinden des sozialen Elends stark zurückgesetzt ist und in der Hauptsache nur zu agitatorischen Zwecken in den Volksschichten wachgerufen wird, die von der Sozialdemokratie noch nicht gewonnen worden sind. Der eigentliche Sozialdemokrat ist von dem Gedanken der proletarischen Macht beiseite, aber wenig oder garnicht von dem Empfinden des sozialen Elends getrennt. So erklärt es sich denn auch, daß fast durchweg die Kerntruppen der sozialdemokratischen Armee von jenen gewerkschaftlichen Organisationen gebildet werden, deren Mitglieder zu den am besten bezahlten Arbeiterkategorien gehören.

Daß es überhaupt eine soziale Bewegung gibt, hat seine Quelle im sozialen Elend. Daß aber diese soziale Bewegung gerade die sozialdemokratische Form angenommen hat, beruht darauf, daß in die soziale Bewegung eintretenden Arbeitermassen durch die sozialdemokratische Lehre und Agitation in einen bestimmten psychologischen Zustand versetzt worden sind, eben in den Wahn, daß das Ziel jeder sozialen Bewegung in unserer Zeit einzig und allein die soziale Gleichheit und die proletarische Herrschaft sein könne. Daher stellen wir denn immer und immer wieder die Behauptung auf, daß die Sozialdemokratie für sich allein als psychologisches Problem behandelt werden müsse, als politischer Größenwahn der demokratisierten Massen.

Und selbst wenn man sagen wollte, daß doch immerhin die Grundursache der Sozialdemokratie als einer speziellen Erscheinungsform der sozialen Bewegung das soziale Elend sei, so müßten wir erwidern: Geht den Fall, es sei jemand durch Not und Elend in den Wahnsinn getrieben worden, so kann er doch nimmermehr allein dadurch kuriert werden, daß man ihm zu essen und zu trinken gibt, sondern er ist für seinen spezifischen Krankheitsfall als Rahmzimmer in Behandlung zu nehmen. Genau so verhält es sich mit der sozialen Bewegung und mit der Sozialdemokratie: Der sozialen Bewegung mag man durch Essen und Trinken, d. h. durch Sozialpolitik begegnen; daneben aber ist die Sozialdemokratie für sich allein als psychologischer Fall zu behandeln, als Ausdruck des politischen Größenwahns, in den die Massen hineingehört worden sind. Die Sozialdemokratie allein mit Sozialpolitik kurieren wollen, das wäre genau dasselbe, als wenn man einen Geisteskranken durch möglichst gutes Essen und viel Trinken wieder zur Vernunft zurückbringen wollte.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 15. Oktober.

Die Demokratie und das Vaterland.

Mit einem gewissen Zögern, aber doch sehr unerbittlicher Notwendigkeit weichen, wie jeder, der die Entwidlung des demokratischen Gedankens durch die letzten Jahre hindurch verfolgt hat, zu dem Schluß gelangen müssen, den französische Politiker von Emile Montaigne bis auf die heutigen mit bemerkenswerter Entschiedenheit gezogen haben: Der demokratische Gedanke ist das genaue Gegenteil des vaterländischen. Das Selbstinteresse kann ja nicht anders als revolutionär und kann nicht anders als vaterlandsfeindlich sein. Eine besondere Seite dieser Frage ist in den letzten Tagen in höchst bezeichnender Art beleuchtet worden durch die Ungezogenheiten, welche die „freihetlichen Parteien“ Italiens dem russischen Zaren gegenüber sich glauben erlauben zu dürfen, unbedürftig um die schwere Schädigung, welche sie dadurch den Interessen ihres eigenen Vaterlandes zufügen. Die Tatsache, daß der Zar seinen Besuch in Rom unter dem Eindruck dieser Ungezogenheiten ausgehen hat, erregt natürlich in der gesamten deutschen Presse berechtigtes Mißfallen. Selbst linksliberale Blätter können nicht umhin, diese Kränkung des Zaren als ein schweres Vergehen gegen die Gerechtigkeit internationaler Gerechtigkeit zu bezeichnen. So schreibt die „National-Zeitung“:

„Der Zare hat triumphieren. Der Feldzug, welchen der Führer der italienischen Sozialdemokratie im Hinblick auf den bevorstehenden Besuch des russischen Kaisers in Rom im „Avanti“ eröffnete, hat den Extremen einen wohl von ihnen selbst kaum erwarteten Erfolg gebracht, einen Erfolg allerdings, der viel Beachtung mit einem Hybrisgefühl hat, insofern die Stimme in Rom, wie sie in der Presse und auf der Straße zum Ausdruck kommt, wohl vielen von denen zu denken geben wird, die von dem maßvollen Turati zu dem Sympathisanten übergingen und dadurch der radikalen Strömung in der italienischen Sozialdemokratie die Oberhand verschafften. Zare hat bekanntlich ganz ernsthaft vorgeschlagen, das russische Kaiserreich bei seinem Besuche in Italien zu besuchen, wobei hinzugefügt wurde, die Besuche des deutschen Kaisers und des Königs von England habe man ebenfalls gelten lassen können, weil in Deutschland und England konstitutionell regiert werde, dem Zaren aber müsse man zeigen, daß Italien ein freies Land sei. Die Hoffnung, daß schließlich doch der gelinde Menschenverstand auch im Hinblick auf Zare's Besuche liegen und die Gerechtigkeit der Kaiserin über die sehr unangebrachte Demonstrationenlust die Oberhand gewinnen werde, hat sich nicht erfüllt: Zare hat seinen Besuch nicht eingetellt; dazu kam, daß der nach Rom einladende Vertreter der russischen Polizei unter dem Einfluß von Elementen gestanden ist, welche ihm Befehlen für die Sicherheit des Kaiserpaars ausstellten, die natürlich keineswegs befehlen, da es schließlich wohl nicht einmal zu Stundebuchungen gekommen wäre. Jedenfalls ist nun aber einmal in pessimistischem Sinne nach Vetersburg berichtet worden, und die Folge ist die Verschönerung des Zarenbesuches angeblich, von welcher der Kaiserpräsident des Kaisers, Fürst Dolgorouki, den König in Rom in Kenntnis zu setzen hatte. Angeblich soll Fürst Dolgorouki gleichzeitig die Mitteilung überbringen, daß ein späteres Datum für den Besuch bereits festgelegt sei. Wenn das geschehen ist, so hat man die Bewegung der äußeren Völker ganz richtig als eine vorübergehende eingeschätzt; ob man dieser vorübergehenden Erregung aber nicht, wie einzelne italienische Blätter meinen, eine große Bedeutung beigemessen hat, indem man sich so weitgehend von ihr beeinflussen ließ?“

Das Berliner Völkchen berichtet also einstuftweilen darauf, die von ihm bei jeder Gelegenheit verkindete Notwendigkeit des Zusammengehens aller entschiedenen liberalen Kreise gegen die „Reaktion“ von dem Gebiet der inneren auf das der äußeren Politik zu übertragen. Sehr viel folgerichtiger und selbstverständlicher die neuen Bundesgenossen des Großliberalismus, nämlich die Sozialdemokraten. Der „Vorwärts“ führt in seinem Leitartikel des langen und breiten aus, wie nebenbei und beiläufig das Aufsteigen, das die römischen Sozialisten geplant hatten, für die Verteilung der Frage ist und stellt die ganze Bewegung in Italien als eine von Gesamtfragen des Weltgeschehens und aufs tiefste berechnete Enttäuschungsbewegung hin. Er be-

hauptet auch selbstverständlich, daß diese Enttäuschungsbewegung sich keineswegs auf Italien beschränkt, sondern daß bei dem Besuche, den der Zar vermutlich schließlich dem Könige von Italien auf irgend einem italienischen Schloß absetzen wird, sich nur in verästelter Form das wiederholen würde, was schon bei den Zarenreisen nach Frankreich und nach Wien hervortrat:

„Als der Zar Nikolaus Frankreich besuchte, vertrieb er Paris, die Stadt der Revolution und der Zivilisation; auf einem Schloß in der Provinz begrüßte er die Epitaph der Regierung. Als der Zar jüngst den Kaiser von Österreich besuchte, blieb er, trotz des Aufgebots der gesamten Garurien, außerhalb der Stadt und hielt sich nur kurze Zeit im Schloß Schönbrunn auf, während in der Hauptstadt selbst die Bevölkerung in sozialdemokratischen Versammlungen gegen das politische Schisma, das Ausland bedrückt, Protest erhob. Hatten bei diesen Besuchen in Frankreich und Österreich die Meisterrschüsse des Zaren selbst die nötige Zurückhaltung gewahrt, so hat die Absicht, die Kaiserin bei Rom zu besuchen, dem Parisismus offenkundig bedeutet worden ist, er sei nicht willkommen, er möge fernbleiben. Der Erfolg dieser Zurückweisung ist ein vollkommenes.“

Hier tritt dieselbe geradezu abgeschmackte Annahme hervor, die der „Vorwärts“ beifolgt, als er dem deutschen Volke vorliegen wollte, der deutsche Kaiser fühle sich in seiner Reichshauptstadt nicht mehr sicher und wolle sich deshalb ein beseligtes Schloß auf Waldsäuerer bauen.

Eintreten ist es somit glücklicherweise noch nicht; der deutsche Kaiser ist in Berlin ebenso sicher wie der Zar in seiner Hauptstadt, und dieser würde ebenso in Wien wie in Rom ungehindert seinen freierlichen Einzug halten können, wenn es seinem Gehirne entspräche, sich den Götlichkeiten der Herren Zare und Genossen auszuliefern. Das Entschiedenste und für Italien Befriedigende liegt vielmehr darin, daß er es vorzieht, dieser Art von internationaler Gerechtigkeit fern zu bleiben.

Daß dem so ist, beweist recht deutlich ein Artikel der „Tribuna“, die heute ausführt: — daß die Würde und die Person des russischen Kaisers in Italien ganz wenig weniger geschätzt werden konnte oder größere Gefahr laufe als anderswo. Und das „Giornale d'Italia“ macht der Regierung heftige Vorwürfe, weil sie nicht entschieden genug gegen die Intrigue der Sozialisten vorgegangen sei, die die Reise des Zaren verhindert hätten. Vermutlich werden die Italiener durch diese Vorgänge zum Nachdenken angeregt werden. Wenn es zu erwarten steht dies von denjenigen, die sich für den guten Willen und schlichten Politikern, die sich über das wahre Wesen der Demokratie durch nichts und garnichts belehren lassen.

Die Landtagswahlen und die innere Landesverwaltung.

Das charakteristischste Merkmal der seit der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 reformierten preussischen Verwaltung ist die Regierung nach Recht und Gesetz unter dem alleinigen Gesichtspunkte des Gemeinwohls, niemandem zu Gunst und Ungunst. Eine solche Verwaltung verlangt Beamte von selbständigem Charakter und festen Anschauungen, mit ihr ist Strebertum und Diebedienerei ebenso unvereinbar, wie das französische Prästurzsystem, nach dem die Verwaltungsbeamten in erster Linie die politischen Agenten der jeweiligen Regierung sind. Für die Zulassung zum Verwaltungsdienst muß die Tüchtigkeit und Würdigkeit, für die Vorsehung der wichtigsten und verantwortlichen Ämter allein das Verdienst und das Interesse des Dienstes maßgebend sein. Gunst und Ungunst dürfen sich bei der Auswahl der Männer für die leitenden Stellen des Verwaltungsdienstes nicht geltend machen, soll der Charakter unserer Verwaltung nicht forumpfunden und ihr Ansehen schwer erschüttert werden. Daher sind die konservativen Parteien im Landtage der Kreisordnung, Zentralisation und Selbstverwaltung durch Uebertragung weiterer Entscheidungsbefugnisse von der rein liberalfreiwirtschaftlichen Verfassung auf das mit der Selbstverwaltung des Kreises innig verbundene Landratsamt zur vollständigeren Durchführung zu bringen sind. Dadurch wird eine reichere, mehr bürokratische, den Verhältnissen und Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechende Erledigung der Geschäfte, eine Verminderung des Schreibens und die so dringliche Entlastung der Organe der Selbstverwaltung von bürokratischem Ballast herbeigeführt werden. Zugleich wird dadurch eine dringende notwendige Ausgestaltung des Landratsamtes, dieses Fundamentes unserer Verwaltung, erreicht. Die stetig zunehmende Erledigung der eingewiesenen Landräte durch Berufswahl weist mit zunehmender Notwendigkeit darauf hin, wenn das Landratsamt nicht jene Bedeutung, sein Ansehen und seinen Einfluß verlieren soll, es so einzurichten, daß es auch für den tüchtigen Verwaltungsbeamten nicht bloß den Durchgang zum Oberregierungsrat, sondern gegebenenfalls eine Lebensstellung bildet und ihn eng mit der freisinnigen Bevölkerung und ihren Interessen verbindet. Dazu ist neben entsprechender Erhebung der Rang- und Einkommensverhältnisse vor allem die vollständige Lösung der Stellung von der des vorbereitenden und ausführenden Organs der Bezirksregierung zum selbständig aufstrebenden Vertreter der gesamten Regierungsmacht geeignet. Auch wird bei der Ernennung, Beförderung und Beförderung von Landräten gehörend darauf Rücksicht zu

nehmen sein, daß der Landrat weiter der kommunalen Verwaltung des Kreises ist, wie denn damit und mit der Leitung einer Beschäftigung und Vermittlungsgerichtsbeförderung, wie des Kreisamtsbüros, also auch mit dem Geiste der Verwaltungsreform eine allzu starke Betonung der Eigenschaft des Landrats als politischer Beamten untereinander ist.

*** Verbrechertum und Sicherung des Gemeinwohls.** Schon öfters ist in der verständigen Presse — und auch neuerdings wieder aus Anlaß der Beurteilung des Hauslehrers Dippold — die Frage aufgeworfen worden, ob man denn wirklich solche Verbrechen der Verübung ihrer Justizstrafe wieder auf die menschliche Gesellschaft loslassen sollte. Die Frage erscheint nicht unbedeutend. Denn unter Strafgelehrten geteilt, aber, einen wiederholt bestraften Betrüger oder eine sonstige wegen Arbeitsfaulheit bestrafte Person bis zu zwei Jahren im Arbeitshaus festzuhalten, aber ein weiterer Schutz gegen den Straftäter verfallene Verbrecher, die uns mit weit größeren Gefahren bedrohen, ergibt nicht, und es ist dies von den angesehensten Rechtslehrern schon oft behauptet worden. Besonders berührt sich der vormalige sächsische Reichsstaatsanwalt von Schwarze, der an unseren großen Reichshauptgefangenen eine so bedeutende Mitwirkung entfaltete, in seiner Schrift über „Die Freiheitsstrafe“ dahin aus, daß das Gemeinwohl nicht bloß auf die Dauer der Straftat, sondern auch über sie hinaus vor erneuten Angriffen des Täters auf den Rechtsfrieden geschützt werden müsse, und daß dabei auch auf das Benehmen des Verurteilten nach der Tat Rücksicht zu nehmen sei. Denn es gibt Sträflinge, auf welche die Strafvollziehung einen nachhaltigen und bessernden Einfluß niemals geübt und die dem Gemeinwohl, da man sich von ihnen fortiger neuer Straftaten zu gewärtigen hat, äußerst gefährlich sind. Derartige Subjekte sollten in Zwangsarbeitshäuser gebracht und in ihnen so lange festgehalten werden, bis sie Beweise gegeben haben, daß sie ohne Bedenken in das bürgerliche Leben und in ihre Kreise zurückkehren können. Es ist diese Detention weder eine Kriminalstrafe, noch ein Anhang derselben, sondern eine vollständige Sicherheitsmaßregel, zu welcher die Gefangenschaft nach Schwere Ansicht vorkommen darf, um derartige Verbrechen des Gemeinwohls unschädlich und abgegrenzt falls zum Wiedereintritt in die bürgerliche Gesellschaft fähig zu machen.

In Frankreich hat man sich neuerdings den rückfälligen Verbrechern gegenüber auf diesen Boden gestellt, indem man gegen sie mit der Strafe der Deportation vorgeht, um Staat und Gesellschaft von ihnen zu befreien. Auch bei uns wird man sich aber nachdrager dazu entschließen müssen, gegen unverbesserliche Verbrecher, wenn man auch aus mancherlei Gründen nicht zur Einführung der Deportation schreiten mag, mit den strengsten Maßnahmen vorzugehen.

*** Die fünfte ordentliche Generalsynode hat am heutigen Donnerstag, 10 Uhr vormittags unter der Leitung des Mitgliedes des Verwaltungsamtes Hrn. v. Schwanitz im Mittelgärtchen bei Hainberg begonnen.** Am Mitt- nach wurden von den einzelnen Gruppen die Vork- raturungen abgehalten. Die Verhandlungen sind auf einige Wochen bemessen. Am Vorktag den 22 der Synode unter- breitet worden, darunter die Mitteilungen über die Ausführung des Kirchengeleges betr. die Anstellungsfähigkeit und Ver- bildung der Geistlichen vom 15. August 1898, des Kirchenge- leges betr. das Abzugeloh der Organisten, Kantoren und Küster usw., betr. die Frage der Kirchenzucht, Denkschrift über die Ausführung des Kirchengeleges vom 2. Juli 1898, betr. das Dienstverhältnis der Geistlichen der evangelischen Landes- kirche der älteren Provinzen. Außerdem sind von der Provinzialsynode 39 Anträge eingereicht worden.

*** Der sächsische Bundeskongress** wird Anfang November in der üblichen Beschäftigung zusammen. Es verheißt mit Bestimmtheit, daß der bisherige Präsident Graf von Knorring nicht mehr gewählt sei, den Vorzug weiterzugeben. An seine Stelle dürfte der Landtags-

abgeordneter, Geheimsekreterar Hähnel gewählt werden, der bisher Stellvertreter des Vorredners war. In die Stelle Hähnels wird wahrscheinlich der Präsident der Zweiten Kammer, Geh. Hofrat Dr. Mehnert, einziehen.

*** Die bayerischen Reichsrechte.** Gegenständig der Beratung über die Verwirklichung der Reichsrechte in der bayerischen Kammer erklärte der bayerische Ministerpräsident von Hofmann wörtlich: „Sobald es unter Reichsrecht steht, können Sie sich davon überzeugt halten, daß wir es an der richtigen Schweltheit nicht fehlen lassen werden, falls es not tut.“

*** Abschluß neuer Tarifverträge.** In einigen Blättern werden Mitteilungen veröffentlicht, nach denen es als sicher anzusehen sein würde, daß mit einer ganzen Anzahl von Staaten, mit denen bisher Tarifverträge nicht abgeschlossen worden sind, solche in einer nahen Zukunft abgeschlossen werden. Die Verhandlung der Handelsbeziehungen Deutschlands zum Ausland aufzukommen werden. An unrichtigen Stellen weiß man, wie die „Berl. Pol. Nachr.“ erklären, von dem sicheren Beweise solcher handelspolitischen Aktionen nichts. Ueberhaupt werden, so fügt das Blatt hinzu, gerade auf handelspolitischen Gebieten in neuester Zeit vielfach Meldungen verbreitet, die, obwohl sie in ganz sicherer Form auftreten, doch nur auf Kombination beruhen.

*** Das Handelsprovisorium mit England.** Es befindet sich, daß dem Bundesrat in allerhöchster Zeit eine Vorlage wegen der abermaligen Verlängerung des seit Ende Juli 1898 bestehenden deutsch-englischen Meistbegünstigungs-Provisoriums eingelegt wird.

*** Die Bürgerrechtsreform.** Die „Dtsche. Warte“ glaubt bestimmt zu wissen, daß dem Reichstage in seiner nächsten Tagung eine Novelle zum Bürgerrecht ausgehen wird. Aus gleichwürdigen Kreisen erfährt das Blatt, daß in der Vorlage einige Veränderungen hinsichtlich der Auslegung des § 9 unter dem Titel „Eingebürgerte“ geplant sind, daß ferner in Zukunft auch solche Personen, die gewerblich in Kauf- oder Vorkaufsgeschäften betreiben, bei der Bürger- rechteerwerb als Kaufleute im Handelsregister eingetragen sind; eine rechtsgültige Verpflichtung der Bürgerrechtsgewähr- eingeht können. Außerdem solle eine zeitliche Be- grenzung bei Ansetzung von Geldstrafen auf Grund des Differenz- und Regulierrückens angebracht werden. *Qui vivit, verret.*

*** Gegen die Fällung des Titels Direktor oder Seminar- direktor** seitens der Leiter höherer Privatschulen und privater Lehrerbildungsanstalten ist sich eine unter dem 3. Oktober d. J. erfolgte Verfügung der Königl. Regierung zu Potsdam: „Im Austrage des Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal- Angelegenheiten machen wir die Leiter höherer Privatschulen und privater Lehrerbildungsanstalten darauf aufmerksam, daß sie künftig nicht, sich die Bezeichnung Direktor oder Seminardirektor beizulegen. Wir unterliegen ihnen die Fällung des Direktortitels hierdurch ernstlich. Dasselbe gilt auch für die Leiter höherer Privatschulen.“

*** Die weipreussische Remontezucht** hat nach dem „Brand. Ges.“ eine bedeutungsvolle Anerkennung gefunden, da nach einem Entwurf der weipreussischen Regierung die in der weipreussischen Remontezucht bei den letzten Remontestufen die in Westpreußen erworbenen Remonten zu den besten des ganzen preussischen Staates gehören.

*** Die Angelegenheit der Zahlung der sinesischen Kriegs- ersatzschäden** wird wieder in Berliner Blättern erwähnt. Vertragsmäßig sollten die Chinesen in halbjährlichen Raten, und zwar in Gold, zahlen. In Wirklichkeit aber sollen sie, wie verschiedentlich gemeldet wird, ihre Raten monatlich, und zwar in Silber, entrichten. Hierzu ist zu bemerken, daß China tatsächlich durch das anzuwendende Silber in Silberpreisen in eine schlimmere Lage geraten ist, als diejenige war, in der es sich bei Abschluß des Friedens befand, da es sein Silber nehmen muß, um Gold zu kaufen. Zurzeit schweben deshalb Ver- handlungen, die ein gewisses Entgegenkommen gegen China be- weisen. Ueber das Resultat derselben läßt sich noch nicht bestimmtes sagen, indes ihm bereits mehrere, zum Teil recht komplizierte Vorschläge für eine andere Regelung der Zahlungs- modalitäten gemacht worden.

*** Die Geschichte des Raben auf dem Schloß zu Werburg.** Unter diesem Titel hatte in Nr. 481 der „Voll. Jg.“ der Regener-Redaktion v. Dietz zu Werburg einen Aufsatz veröffentlicht, der lesend des Lesers mit „Raubdruck ver- koren“ versehen worden war. Hierzu ist indes zu bemerken, daß eine unglückliche Bezeichnung des Aufsatzes durch die Redaktion der Regener-Redaktion sowie auch der „Voll. Jg.“ liegt und daß daher ein Nach- druck keinerlei Hindernis entgegensteht. D. R.

Der deutsche Winkelried.

Erinnerungen an einen Helden des Saalkreises, Major Heinrich von Krosigk-Poply, genannt der deutsche Winkelried, welchem und auf Grund mindlicher Ueberlieferungen zusammengefaßt von Karl Böhm, Kantor a. D.

Heinrich Ferdinand von Krosigk war der zweite Sohn des Landrats Ferdinand Anton von Krosigk auf Poply, Raublingen, Weiden, Weißen, Orna, Neu und Groß-Wehla in Sachsen. Er war den 23. Februar 1777 geboren, besuchte die Domschule in Magdeburg, trat 1794 in das Infanterie- Regiment Schwarze, späterhin Jung-Karlitz, machte 1795 die polnische Kampagne mit, nahm 1805 den Abschied und zog sich nach Poply zurück, welches er in Gemeinschaft mit seinem älteren Bruder Debo von Vater geerbt hatte. Als nach der unglücklichen Schlacht von Jena das Vaterland verloren schien, eilte er mit seinem Bruder Ernst Friedrich durch das von feindlichen Scharen überflutete Land über Hamburg nach Stovengagen und ging von dort im Januar 1807 auf englischen Schiffen nach Romel, um sich dem Könige zur Disposition zu stellen. Friedrich Wilhelm erteilte ihm eine Anstellung als Major, die er jedoch nach Abschluß des Westfälischen Friedens sofort aufgab und sich nach Poply zurückzog. Wolf Grimm gegen die Unterdrücker seines Vaterlandes, trat er zu der unter dem Namen des „Zugendbundes“ bekannten Verbindung, welche im Saalkreise und in der Grafschaft Mansfeld Brevenhantum zu pflegen, dagegen im geheimen Stimmung gegen Franzosenherrschaft zu machen suchte und deshalb nachlässige Zusammenkünfte im „Wolfsbühnen Sattel“ bei Ramdorf am Petersberg hielt. Um seiner patriotischen Stimmung hithin Ausdruck zu verleihen, ließ er im Poplyer Park, bei Hofes gegenüber, das weipreussische Domäne erworben war, ein hohes Kreuz aus Sandstein errichten, mit folgen- der Inschrift: „Gott! Fürsten Trues, (offiziell) Paul Nam 1809“, d. h. in dem ersten Sinn: Preußen war und wir waren Preußen. Als 1809 in dem türkischen Dorf Pöschau das Dach des Kirchturms umgestürzt wurde, ließ er als Kirchenpatron einen verfallenen Brief in verfallener, Blechener Kopie in den Turmknopf legen; darauf stehen die

Worte: „taeco munde“, d. h. ich habe hiebei den Mund

zu Werburg offen zur Schau getragenen Franzosenhoh machte er sich den weipreussischen Behörden verdächtig und deshalb wurde Poply sehr oft mit Militär belegt. 1811 lag ein französischer Major in Poply im Quartier. Derselbe be- suchte sich einmal bei Tisch in unpolitischer Weise über die wenigen Gänge, die ihm geboten wurden. Auf einen Wink des Wirtes erwiderte der kommandierende Gottfried Breitmann aus Raublingen und präferierte dem Franzosen eine verbedete Schüssel. Nachdem Breitmann den Deckel entfernt hatte, sprach Heinrich von Krosigk: „Wenn es dem Herrn Major recht ist, dies Gericht mit mir im Garten zu verzehren, so hängt dies ganz von ihnen ab.“ — In der Schüssel lagen zwei Biskolen nebst Pulver und Äugeln. — Der Major verbeugte sich dankend gegen seinen Wirt, stieß sofort auf und verlegte sein Quartier zum Prediger Wertmeister in Raublingen. Am 9. Dezember 1811 ward Poply von den Truppen des Königs Jérôme belegt und Heinrich von Krosigk verhaftet. Nach einem Aufenthalt von 8 Tagen auf der Zitadelle in Magdeburg wurde er nach Kassel gebracht und dortselbst im krieglichen Gefängnis gehalten. Während dieser Haft wurde ihm am 25. März 1812 eine Lokator Gehwid, die spätere Frau des Landrats von Bassowitz zu Halle, geboren. Als Kaufmann bestimmte er von Kassel aus außer vier Verwandten zwei Poplyer Arbeiter. Im September 1812 wurde er gegen Kaution seines eigenen Vermögens aus der Haft entlassen, jedoch auf Poply interniert. Angeboten mit hohen Meistertiteln, trug er seine Lokator Hedwig im Kindermantel sehr oft auf der Poplyer Reide umher. Kaum war jedoch der russische Feldzug 1812 entschieden, so verließ er, nachdem er Frau und Kind in Sicherheit gebracht hatte, Poply, auf welches Jérôme sofort Befehl legte, und eilte nach Königs- berg, um Friedrich Wilhelm III. seine Dienste anzubieten. Er erhielt als Major das Jülicher-Bataillon des zweiten Brandenburgischen Infanterie-Regiments, welches zum Jork'schen Korps gehörte und führte dasselbe in der Schlacht bei Bautzen, wo er verwundet wurde. Mit Auszeichnung schlug sich das Bataillon unter seiner Führung an der Nagob und am 3. Oktober bei Wartenburg an der Elbe. Nach der letzten Schlacht, auf seinem Marsch nach Halle, besuchte er Poply und sah die Verwundung, welche die Franzosen von ihm abwärts dort angerichtet hatten. Im weipreussischen Sinne war alles gerühmt und verehrt, die sehr reich- haltige Witwitwe geriet, sowie die Eltern des Archies durch- einander gerieten, zum Teil verarmt. Als er nachher frohen Sinnes in den Kreis seiner alten Schicksals- Freunde trat, sprach er: „Ich verdamme alles Ungemach leicht gegen

Ausland.

*** Die macedonische Bewegung.** Der rufstürmer Seite mit neuerdings das Gerücht verbreitet, daß Serbien bei einem Zusammenstoß in der Nähe von Konakir getötet worden sei.

Provinz Sachsen und Umgebung.

— **Freitag, 14. Okt.** (Wegang des Bürgermeisters.) In nächstjüngster Sitzung der Stadtvorordneten-Versammlung am Montag Abend legte das Kollegium auf Antrag des Magistrats ab, einem Verlaß des Herrn Bürgermeisters Bepst auf event. sofortige Entlassung aus dem Amte zu entsprehen, mit der Bitte, daß, da zur Zeit die Stelle des Bürgermeisters sowohl wie die des Stadtkassiers unbesetzt seien, kein geeigneter Vertreter vorhanden wäre. Herr Bürgermeister Bepst hat sich nämlich um die in Aussicht datante Bürgermeistersstelle, die mit einem Gehalt von 5000 Mark beehrt ist, bewerben und ist von 25 Bewerbern mit zwei Herren auf engere Wahl gestellt worden. Der Bürgermeister Bepst hatte die beste Aussicht, gewählt zu werden, jedoch mußte derselbe die Ladung, daß, nachdem derselbe telegraphisch abgelagt hatte, nochmals ein Schreiben bei ihm einging, seine Bewerbung doch unter allen Umständen aufrecht zu erhalten.

— **Freitag, 14. Okt.** (Kriegsereignisse.) Der Regiments-Adjutant hierauf bekam diesen Morgen vom Kriegskommissar die traurige Nachricht, daß sein bei dem 1. ost- preussischen Infanterie-Regiment stehender Sohn Otto auf dem Heimtransporte gestorben sei. Derselbe gedachte Ende dieses Monats wieder in dem elterlichen Hause einzutreffen und hätte seine Freude darüber in seinen letzten Briefen wiederholt aus- drücken lassen.

— **Freitag, 14. Okt.** (Pöschau.) Geiern früh gegen 5 Uhr brach in dem Gehöft des Fleischermeisters Wörber Feuer aus, durch welches die Scheune und die angrenzenden Gebäude bis auf die Umfassungsmauern zerstört wurden. Der Viehbestand konnte bis auf fünf Kühe gerettet werden. Als Untersuchungsurache wird die Unachtsamkeit vermutet.

— **Freitag, 14. Okt.** (Kirchliche Nachrichten.) Sonntag nach dem Vormittagsgottesdienst fanden die kirchlichen Erneuerungsarbeiten statt. Aus dem Gemeindefriedhofe stießen die Leichen C. Wogel und J. Zeilmann aus. Ersterer wurde einmütig wiedergebührt, und an dem letzten Orte kam Prokurist W. Fischer zu. In die kirchliche Gemeindefriedhofe wurden ein in der Gemeindefriedhofe H. Werner, Th. Reichard und O. Raabe.

— **Freitag, 14. Okt.** (Ueber die Arbeit der Rennig-Bühnen) sind jetzt, nachdem noch mehrere alte Personen, die mit Rennig in Verbindung standen, feige geworden sind, bis jetzt im Umfange, daß diese einen Schauer von geistlichen und jedenfalls zum großen Teile übertrieben, und er- dichtet sind. Wir haben über den Hergang folgendes erfahren: Der p. Rennig war im Jahre 1896 wegen Mordes am Tode verurteilt, später aber zu lebenslänglichem Zuchthaus be- nachtigt. Nachdem er einige Jahre bestrafen hatte, spielte er den sogenannten weiden Mann, stellte sich geisteskrank und wurde der Verens-Verkauf in Bernburg überwießen, aus welcher er am 28. Juni 1902 ent- lassen ist. Seitdem hielt er sich in der Gegend von Oranien- baum auf, denn wie dort allgemein bekannt war, nützte er teils in dem Hause der Witwe E. in Sorbodor, teils bei dem Weiber G. in Staßfurt, um dem seine Zeitverläufe auf Weidenbaue zu unter- nehmen. Als ein Wunder ist es geradezu anzusehen, daß die Hebräer in und bei Oranienbaum von dem Rennig nichts erfahren haben, obwohl dieser doch so vielen Leuten in Staßfurt und Sorbodor fast täglich begegnet worden ist. Rennig lebte hier fast ausschließlich von Bildhauerei und ähnlichen Sachen. Als er im Frühjahre dieses Jahres sein Feld auf die Weidenbaue veräußerte, Ortshaus ausbediente, wurde von den Verbarmen, Hoff- und anderen Beamten des Mittelfelder Kreises ersticht nach demselben gehalten, ohne ihm indes zu erben. Nachdem nun am 30. August d. J. der Gemeindefriedhofe Beamten aus Hildes- heim den Weidenbaue erworben erhielt, ließ die Sache eine Ver- handlung, die mehrere hundert Personen mit dem Rennig in Zusammenhang, diesen Mord begangen zu haben, sich zunächst auf drei als Bildhauer bekannte Personen aus Oranienbaum lenkte. Derselben vermochten jedoch die Weidenbaue zu erben. Da nun aber am freitaglichen Abend am Rennig mit einem Geheime in der Nähe von Staßfurt gesehen war, so lenkte sich nimmte der Ver- dacht auf diesen. Wie schon oben angebeutet, nützte derselbe sonst im Hause der Witwe E. in Sorbodor oder bei G. in Staßfurt. Beide

die große Freude, die mir das Wiedersehen meiner Dienst- leute und Bauern bereitet hat. Was irgend zu bergen war, haben sie gerettet. Auch den Weinkeller haben sie mir zu retten gekonnt. Wenn uns Gott das Leben läßt, trinken wir noch gemauener Schlacht auf das Wohl unserer Bauern und Dienstleute.“ Ueber seinen Mitt in Büchleinbildung von Poply nach Halle in der Zeit vom 8. bis etwa 12. Oktober erzählte man sich folgendes: In der Nähe von Halle wohnte er in Büchleinbildung einem blutigen Treiben bei. Der Kom- mandierende sandte mehrere Buzantanten zu einem entfernten Truppendeile, die aber, obgleich sie im schnellsten Galopp über einen Damm jagten, von den französischen Angeln weg- gegeben wurden. Da strengt Heinrich von Krosigk heran und erwidert sich zu dem gefährlichen Mitt. Statt im Galopp, reitet er im Schritt, und als er auf die gefährliche Stelle kam, hielt er sein Pferd an und sah sich fastbühlig um. Das machte auf die Truppen einen ganz gewaltigen Eindruck. Die Seinen folgten ihm deshalb auch bis in den Tod, denn im Kriege geht nichts über die Macht des Weipöly.

Der ehemalige in Brandenburg angestellte und dort am 8. August 1841 verlorbene Schullehrer Johann Karl Gehel, welcher im Jülicher-Bataillon des 2. Brandenburgischen Infanterie-Regiments den Feldzug 1812—1815 mitgemacht, hat nachstehende Aufzeichnungen über seinen Major Heinrich von Krosigk hinterlassen. (Bearbeitet von Gustav Zahn.) Gehel erzählt: „Am 15. Oktober reiten wir von Halle aus nach Schöneburg und bezogen zu beiden Seiten der Stadt das Weipöly. Am 16. früh marschierten wir auf der großen Straße nach Weipöly. Es mochte 9 Uhr sein. Drei Kanonenhüsse verführten den Beginn der Schlacht. Unser von Franzosenhoh glühender Major von Krosigk sprengte vor die Front und rebete uns mit folgenden Worten an: „Kameraden! Badere Kriegsleute! Die Stunde schlägt, rüsst euch zum Streit. Ihr kämpft für e i n e Sache, für die Freiheit Europas. Alle für einen, jeder für alle! Mit diesem Feldgeheer eröffnet den heiligen Kampf. Wir wollen das Dorf hier vor uns mit Sturm nehmen.“ (Wärdern und eine Zigelei lagen rechts dahinter.) Vor dem Dorfe befand sich ein Teich. Unser Major ritt durch, wir folgten ihm, bis ans Ende im Wasser rotend. Die Franzosen riefen aus: „Wir lauten, durchlaufene Scheunen und Schlä, haben aber keinen Feind.“ Wir riefen im Auf- sprengten Kanonengraben auf uns zu, als wir ein Weipöly bilde- ren, machten sie lehr. Am gingen wir über den Kirchhof. Die Einwohner des Dorfes kamen uns aus der Kirche stehend und bebend entgegen. Hinter dem Dorfe fanden wir einen Graben, an welchem wir aufmarschierten. Neben uns hielt

